

General-Anzeiger

Elberfeld

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Platz Nr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

B a r m e n

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Renerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Veranstaltungsort: Oberfeld
für Aufnahme von
Anträgen an bestimmten
Tagen und an vorge-
schriebenen Plätzen, für
telegr. Aufträge sowie
für Aufbewahrung von
Rauschgift, wird keine
Gewähr übernommen.
Die Geschäftsräume
sind tags geöffnet von
10-12 Uhr, Son-
tags von 8-6 Uhr.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

GA. Berlin, 21. Aug. (Fig. Drahtb.) Die währungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts werden in ihrer endgültigen Fassung noch von Besprechungen der Reichsregierung mit Führern der Industrie abhängig gemacht werden. Bei diesen Besprechungen, die morgen stattfinden sollen, soll es sich aber keineswegs um jene Sachverständigenberatungen mit Interessentengruppen handeln, wie sie unter dem Kabinett Cuno üblich waren und dann des öftern zu entscheidenden Umstellungen der Regierungspläne führten. Es handelt sich vielmehr nur um die Technik der Aufbringung eines großen Defizitionsfonds. Die Veröffentlichung der endgültigen Regierungsmaßnahmen soll aller Voraussicht nach morgen (Mittwoch) stattfinden.

Mellons Bericht über seine Eindrücke in Europa.

GA Paris, 22. Aug. (Fig. Drahb.) Savas
vorbereitet eine bapstiontoner Medlung, in der
sähere Einzelheiten über die Eindrücke wieder-
gegeben werden, die Schaffsekrät Meillon von
seiner Europareise mitgebracht hat. Danach
ist der Schaffsekrät der Meinung sein, nach
Aufhebung der Ruhrstrage werde in
Europa die wirtschaftliche Blüte
wiederkehren, da die hauptsächlichsten Grund-
lagen für die Wiederaufnahme der Wische in
Handel und Industrie durchaus vorhanden seien.
Meillon, heist es in dem Bericht, sieht nicht,
auf welche Weise die Vereinigten
Staaten augenblicklich helfen
können. Er denkt, daß neue Ereignisse ein-
treten werden, die ihnen Gelegenheit verschaffen
werden, nützlich einzugreifen. Die Frage der fran-
zösischen Schulden hat Meillon in Europa nicht
erwogen. Schließlich soll, immer dem gleichenbaba-
richt zufolge, Meillon erklärt haben, er glaube
nicht an die Möglichkeit einer Revolution in Deut-
schland und auch nicht an die Schaffung unabhängiger
deutscher Staaten. Er glaube auch nicht, daß
Deutschland benötigte, die Wark aufzugeben;
wohl aber sei es möglich, daß die Wark durch eine
Devalarisierung stabilisiert werde.

Coolidge ist pessimistisch.

WTB London, 21. Aug. (Draht.) Einer Anmeldeung aus Washington zufolge brachte der amerikanische Schatzsekretär Mellon bei seiner Audienz von seinem Besuche in Europa zumweil mit, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich keine sofortigen Anstrengungen machen würden, um die Verhandlungen für die Vereinbarungen über die Schuldenfönderung zu beschleunigen.

Die Meinung

Der amerikanischen Handelskammern.
TU Washington, 21. Aug. (Draht.) Der amerikanische Präsident Coolidge empfing heute die Abordnung der amerikanischen Handelskammern, die ihm ihre Wünsche über die Reparationsfrage und den amerikanischen Handel mit Europa darlegte. Der Bankier Booth, der auch von einer Delegation nach Europa zurückgekehrt, erklärte, er habe sich wieder besucht und überall festgestellt, daß die Lage in einer weitaus besseren wirtschaftlichen Lage sei, als vor fünf Jahren. Die Reparationsfrage könne nach seiner Ansicht gelöst werden, wenn die betreffenden Länder erkennen, daß es sich nicht um eine wirtschaftliche und nicht eine politische Frage handelte. Nach seiner Ansicht sei gute Politik dafür vorhanden, daß der Reparationsanspruch zwischen Frankreich, England und Deutschland in nächster Zeit gelöst werden könne. Das Geld in einer Regelung des Reparationsproblems müßte allerersten Endes doch aus den Vereinigten Staaten kommen. Die amerikanische Finanzwelt sei zur Finanzierung von Krediten in Europa bereit, sobald die genügenden Garantien in Händen seien.

Ein Appell

Washington, 22. Aug. (Eig-
th.) Heute ist im Weißen Hause ein von
Einwohnern Buffalos unterzeich-
neter Appell eingereicht worden, in dem die Re-
gierung der Vereinigten Staaten gebeten
wird, auf Frankreichs zwecks Auf-
hebung der Ruhrbesetzung einzutreten.

Verhärfte Sperre nach dem belekten Gebiet.

GA Offen, 22. Aug. (Eig. Drahtb.) In den nächsten Tagen werden die Ein- und Ausreisefestimmungen während der Verschiebesperre bedeutend verschärft. Die bisher angestellten besonderer Genehmigungen verlieren ihre Gültigkeit. Wer innerhalb des unbefestigten Gebietes sich aufhält, muß rechtzeitig zurückkehren, um nicht ausgeperrt zu werden.

Die französische Antwort an England.

GA. Paris, 22. Aug. (Eig. Drahtb.) Die französische Antwort auf die englische Note vom 11. August fällt die ersten 18 Seiten des heute vormittag herausgegebenen neuen Selbstbuches. Es folgt unter der Bezeichnung „Anhang“ die 27 Seiten füllende Widerlegung der englischen These, die angeblich den Hauptteil der französischen Eröffnungen bilden sollte. Dieser Anhang ist tatsächlich so abgefaßt, daß links die englische Note mit ihren Anhängen in insgesamt 67 Absätzen gedruckt ist und rechts daneben die teilweise im Tone kurzer Abfertigung gehaltenen Randbemerkungen Poincarés erscheinen. Die letzten Seiten des Selbstbuches enthalten den englischen Wortlaut der Londoner Note vom 1. August.

Die eigentliche französische Note ist in ihrem ersten Drittel nichts weiter als eine geschichtliche Darstellung der Reparationsverhandlungen bis zur Zerschlagung der deutschen Reichertümer durch die Mehrheit der Reparationskommission im Januar 1923. Dann folgt ein langer Abschnitt über die angebliche Gleichgültigkeit der Befehlshaber des Ruhrgebiets, den Zitierten aus den bekannten früheren Konferenzbeschlüssen der Verbündeten entnommen ist.

In dem nächsten Abschnitt, der die Ueberschrift *Die Ruhrbesetzung* trägt, führt Boincare aus, daß Frankreich das Mangelnde besetzt hätte, wenn es mit politischen Hintergedanken vorgegangen wäre. Das Ruhrgebiet sei lediglich besetzt worden, um Pfänder zu erhalten und einen Grund auf das widerstrebende Deutschland auszuüben. Die Aktion sei anfangs so geplant gewesen, daß Frankreich dadurch Deutschland ein stillschweigendes Uebereinkommen und ein friedliches Zusammenarbeiten durchaus aufrichtig angeboten habe.

Poincaré spricht weiter von dem passiven Widerstand und versucht zu beweisen, daß dieser Widerstand von Berlin aus organisiert worden sei. Er hebt dabei hervor, daß die

anden habe, er habe Beziehungen zu einem Bau-
bau unterhalten, das das Reichswehrministerium
löst in Hamm in Westfalen eingerichtet habe. Der
französische Ministerpräsident behandelt in diesem
Zusammenhange die Frage: Was geschieht,
falls die gegenwärtige Situation
in Ende nimmt, wie die französische
Regierung es wünscht? Er führt
aus, im Falle der Einstellung des passiven Wider-
standes würde die Ruhrbesetzung sich ändern. Sie
würde, so heißt es wörtlich in der Note, bei
progressiver Räumung nach Maß-
gabe der Zahlungen und der Bedin-
gungen fort dauern, die von den Heu-
nen ganz verschieden wären. So würde das Zu-
sammenarbeiten mit den deutschen Organen wie-
der aufgenommen werden, und daraus würde sich
ne beträchtliche Erleichterung der Besatzungs-
kosten ergeben. Poincaré verweist dann auf seine
Instruktionen vom 10. und 12. Juni, in denen die
Maßnahmen ausgedrückt seien, die im Falle der
Einstellung des passiven Widerstandes getroffen
würden. Poincaré betont weiter wörtlich: Wir
überprüfen sich einmal, daß wir keineswegs den
Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben,
so notwendig sein wird, und daß wir weder politi-
sche noch annexionsistische Absichten haben. Wir
wünschten vollkommen, daß Deutschland uns niemals
schwierigkeiten machen (!), was es uns schaudet, und
daß es also in seiner Macht steht, die positive Rü-
cknahme zu erlangen. Der französische Ministerprä-
sident weist auf Deutschlands Beispiel hin,
daß es zu betonen, wie schnell ein Land seinen Kredit
wiederherstellen könne, wenn es dies entschlossen
tue.

Die Note erinnert dann unter der Überschrift die Reparationszahlungen und die territorialisierten Schulden an das einfache, sehr klare und sehr bescheidene Programm, das Frankreich seinen Verbündeten vorlag. Sie hebt dabei die Pariser Entschlüsse vom 14. Juni 1921 hervor, in der die Priorität der Kosten des eigentlichen Wiederaufbaus

schärften Ein- und Ausreisebestimmungen befanntgegeben werden.

Bei Todesfällen werden besondere Passierscheine ausgestellt, wenn die amtlichen Unterlagen vorhanden sind. Diese Ausweise werden eine beschränkte Gültigkeitsdauer von drei bis vier Tagen haben.

Stünftig wird die besondere Genehmigung nur gegen eine Entrichtung einer Gebühr ausgestellt, und zwar müssen diese Ausweise mit der Photographie des Inhabers versehen sein.

vorgesehen war, und betont im Anschluß daran, daß Frankreich seine Schulden bei England und Amerika nicht bezahlen werde, ehe es nicht von Deutschland die Reparationszahlungen erhalten habe.

Boincard betont, daß Frankreich das von ihm vorgeschlagene System niemals als unantastbar erklärt habe, sondern daß dieses System Änderungen erfahren kann. Er bemüht sich dann, nachzuweisen, daß die von England und Deutschland vorgeschlagene Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch einen Ausschuss internationaler Sachverständiger nicht möglich ist, da nach dem Versailler Vertrag nur die Reparationskommission die Vollmacht habe, die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen. Es heißt dann weiter: Frankreich erstrebe gewiß nicht den Ruin Deutschlands. Es habe im Gegenteil Interesse daran, daß kein Schuldner zu einer besseren Lage gelangt, und es sei sehr gut möglich, daß der Zusammenbruch einer großen Nation wie Deutschland erste Rückwirkungen in Europa hätte. Aber der Zusammenbruch Frankreichs hätte nicht weniger erste Folgen. Auch er wäre verhängnisvoll, und er wäre in höherem Maße unrettbar. Zur Verhütung des Ruins Deutschlands dürfe man ihm nicht auf Kosten Frankreichs und wie sich bald zeigen würde, auf Kosten der anderen Verbündeten, eine leichte (1) und zu rasche (2) Wiedererstarkung ermöglichen, die als Ergebnis die industrielle und kommerzielle Vorherrschaft haben würde, die das Deutsche Reich vergeblich auf den Schlachtfeldern versucht habe.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß man die Frage prüft, wie die Wiederaufrichtung Deutschlands und die Zahlung der Reparationssummen in Einklang gebracht werden können. Wir werden dazu bereit sein, sobald der Vberstand aufgehört hat, aber nur dann, wenn die Reparationen nicht opfern für die Wiederherstellung eines Reichthums, dessen Quellen unendlich fortbestehen und der nur vorübergehend auf das tiefste Niveau gesunken ist. Poincaré betont am Schluß der Rede, daß Frankreich bereit ist, sich über diese einschlägigen Fragen mit England und den anderen Verbündeten zu unterhalten. Er äußert den Wunsch, daß die weiteren Verhandlungen nicht öffentlich (1), sondern mit mehr Discretion geführt werden. Er gibt endlich dem Wunsche Ausdruck, daß zunächst eine Verständigung über die eigentlichen Wiederaufbaukosten erzielt wird und die Prüfung des Problems der weiteren Zahlungen auf später verschoben wird.

Aus den Randbemerkungen Poincaré zur englischen Note ist hervorzuheben, daß Frankreich ebenwienig wie England daran denke, Deutschland zu demütigen, daß es sich aber nach den bisherigen Erfahrungen keine Illusionen über die Ergebnisse einer Politik der Schwäche machen könne. Poincaré betont nochmals ausdrücklich, daß der Charakter der Ruktraktion im Falle der Einstellung des Widerstandes progressiv geändert wird, und daß dann nur im Einvernehmen mit den Verbündeten die Kontrolle über die Befriedung gesichert werden soll. Er fährt hinzu, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht gegen neue Versprechungen räumen, sondern Zahlungen haben will. Deutschland habe es in der Hand, die dasge Räumung des Ruhrgebietes zu erlangen, wenn es durch Sanierung seiner Finanzen internationale Anleihen möglich mache und seine Schulden durch Vorauszahlungen abtrage. Die Hoffnung auf Räumung soll als Antrieb auf Deutschland wirken.

Vergleiche hierzu den Artikel „Der angebliche
nützliche Kurs“ auf der 2. Seite. Darin ist
es Nötige vorläufig gesagt. Poincaré bedingt
immer in denselben Gedankengängen, auf die
die deutsche Regierung eingehen kann.

Oesterreichische Teilnahme an Deutschlands Schicksal.

(Von unserem Wiener Bericht-
erstatler.)

Wien, August 1923

„Mit angehaltenem Atem verfolgen wir die furchtbaren Erschütterungen, die sich in unserem flammesgleichen Nachbarlande, im Deutschen Reich, vollziehen. Wenn wir die fürchterlichen Konsequenzen der Geldentwertung im Deutschen Reich beobachten, so ist dieses entsetzliche Bild nur geeignet, das Gefühl unserer Verantwortung zu feigern.“ Diese Worte sprach kürzlich der österreichische Finanzminister Dr. Kleinböck in einer jener großen Waffenversammlungen, mit denen der Aufmarsch zu den im Oktober stattfindenden Neuwahlen eingeleitet wird. Man kann in der Tat sagen: die deutsche Währungskatastrophe beherrscht von Tag zu Tag intensiver die öffentliche Meinung in Oesterreich. Das Gefühl des Geborgenseins beginnt der unsicheren Frage nach der Zukunft Platz zu machen, da man ahnt, daß eine deutsche Wirtschaftskatastrophe den ganzen Kontinent und den ganzen Völkerbund, also den ersten Garanten des österreichischen Wiederaufbaues, zum Untergang verurteilen möchte. Und einen ganz eigenartigen Eindrud machte es, als man kürzlich hörte, der Vorstand der Notenbruderei im österreichischen Nationalbank, Kadherny, sei als Sachmann in die Deutsche Reichsbank berufen worden.

Die Entwertung der Mark ist der Schrittmacher der Ueberfremdung in Oesterreich. Das deutsche Kapital ist nun endgültig aus der Hundertung des Wiedereraufbaues der österreichischen Volkswirtschaft ausgegliedert. Die zunehmende volkswirtschaftliche Ueberfremdung Oesterreichs kann bei ihrer Beurteilung nicht von einem Gesichtspunkte allein aus betrachtet werden. Die geographische Lage Wiens, die Tradition seiner wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen, schließlich die Tatsache, daß das Deutsche noch immer die Vermittlungssprache an der mittleren und unteren Donau ist, alle diese Momente lassen sich die Volkswirtschaften der Donauländer nach Wien und Oesterreich neigen. Während in der ersten Zeit nach 1918 zahlreiche Industrien aus Oesterreich in die Nachbarstaaten abwanderten, kann man jetzt einen umgekehrten Wanderungsprozeß von den Nachbarstaaten nach Oesterreich beobachten. Aber auch das Kapital entfernt sich von den Balkanländern, sucht den österreichischen Anlagemarkt auf, eine Erscheinung, die nun etwas mehr zu denken gibt. Am bedauerlichsten ist jedoch die Tatsache, daß mit dem Ausfall der deutschen Wettbewerber an den österreichischen Kapitalanlagen das spekulative Kapital aus dem Osten auf dem Wiener Effektenmarkt breiteren Boden gefunden hat. Finanzminister Dr. Stenöb hat auch bereits entsprechende Maßnahmen angekündigt.

fast noch mehr als die Probleme der Wirtschaft beherrscht der Marxismus die der Politik, vor etwa einem Jahre, als eine Wahl gleichbedeutend österreichischen Kronen war, hat der Führer der österreichischen Sozialdemokraten, Dr. Otto Bauer, einer Währungsunion Österreichs und Deutschlands das Wort gesprochen. Die österreichische Sozialdemokratie steht gegenwärtig dem Bolschewismus näher als etwa den ehemaligen deutschen Mehrheitssozialisten, die ursprünglich auch für ein Verbleiben der Regierung Cuno eintreten, als die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bereits vor „Bog mit Cuno“ schmettete. Es liegt ihr trotz der Gebante nahe, einen Umsturz in Deutschland heraufzubeschwören, um dann auf der Basis eines radikal linksgerichteten Sozialismus' die Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu vollziehen und dadurch das Sanierungsverbot Dr. Cuno's zu untergraben. Ein Gebante, der allerdings recht wenig Aussicht auf Erfolg hat, zumal sich für die Oktoberwahl ein Einheitsblock der nichtsozialistischen Parteien herauskristallisieren dürfte. Die großen Volksversammlungen werden gemeinsam von den Christsozialen und den Reichsdeutschen gehalten. Bei den letzten Gemeinderatswahlen in mehreren österreichischen Städten schloßen die Sozialisten arme Schichten. So man um beinahe sagen, daß der Abbrödelungsprozeß der Sozialisten gerade in den Städten am eifrigsten Fortschritte macht, während in mehreren andern für sie eher noch etwas zu holen ist. Im großen und ganzen aber ist die Wahlbewegung noch nicht recht in Fluß gekommen; einmal wegen der Sommerferien, vor allem aber, weil die Ereignisse in Deutschland die ganze Aufmerksamkeit Österreichs auf sich ziehen.

Der von so eigenartigen Verhältnissen umhüllte Reichsfesteiertag des 11. August wurde in der Reichsdeutschen Kolonie in Wien mit herzlichem Ernste begangen. Der Tag wurde mit viel Fleiß und Eifer in der evangelischen Kirche der Dorotheaburg und in der katholischen Kirche St. Carl eingeleitet, hierauf versammelten sich die Spitzen der Reichsdeutschen Kolonien und die Vertreter der reichsdeutschen Presse in der deutschen Gesandtschaft, wo General Dr. Pfeiffer die fleischwundende, der Tragik des Augenblicks angelegte Ansprache hielt.

Dr. Ernst Richter.

[illegible]

[illegible]

